Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2440

08. 06. 88

Sachgebiet 7810

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Gesetzentwurf des Bundesrates — Drucksachen 11/675, 11/2418 —

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   — Die durch die Beschlüsse der Regierungschefs vom 12. Februar 1988 eingeleitete notwendige Rückführung der ökonomisch und ökologisch unsinnigen Überschußproduktion durch eine restriktive Preis- und Marktpolitik bedarf der Flankierung durch direkte Einkommenszahlungen, um ein Überleben der bäuerlich geprägten Landwirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Betriebe, zu gewährleisten. Im Rahmen dieser Neuorientierung der EG-Agrarpolitik stellt die Extensivierung bis hin zur Stillegung landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie der Vorruhestand für ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer ein wichtiges Element dar.

   — Der Extensivierung landwirtschaftlicher Nutzflächen ist Vorrang vor langfristigen Flächenstillegungen einzuräumen.

   — Um die mit diesen Maßnahmen angestrebten Ziele zu erreichen, bedarf es einer EG-weiten, gleichgewichtigen Anwendung in allen Mitgliedstaaten und einer Ausgestaltung, welche die angestrebte Rückführung der Produktion unter Berücksichtigung vor allem regional- und umweltpolitischer Aspekte sicherstellt.

2. Der Deutsche Bundestag bedauert,

   — daß mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht das gesamte einkommenswirksame Maßnahmenbündel gleichzeitig in nationales

Recht umgesetzt wird, vor allem die Anwendung des Vorruhestandes und der Extensivierung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird; auf diese Weise wird dem Landwirt jede Möglichkeit genommen, seine Entscheidung in Kenntnis aller möglichen Maßnahmen zu treffen;

— daß die Belange landwirtschaftlicher Arbeitnehmer nicht berücksichtigt werden;

— die wiederum gewählte überhastete Verfahrensweise, die eine ordnungsgemäße parlamentarische Behandlung der Gesetzesvorlage nicht zuläßt.

3. Nach Auffassung des Deutschen Bundestages müssen bei der gesetzlichen Umsetzung der EG-Regelung folgende Elemente berücksichtigt werden:

— Der Vorrang der Extensivierung – z. B. durch Rotationsbrache, extensive Beweidung oder alternativen Landbau – vor der Flächenstillegung ist ausdrücklich festzulegen und durch eine entsprechende Ausgestaltung, insbesondere der Beihilferegelung, sicherzustellen;

— die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sind zu berücksichtigen. Auf stillgelegten Flächen sind notwendige Pflegemaßnahmen ausdrücklich vorzuschreiben;

— durch entsprechende Auflagen ist zu gewährleisten, daß auf den weiter bewirtschafteten Restflächen eine Kompensation der Ertragsverluste durch eine Intensivierung der Produktion unterbleibt;

— Aufnahme einer bindenden Verpflichtung der Bundesregierung, wonach aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen entlassene landwirtschaftliche Arbeitnehmer gleichfalls Entschädigungszahlungen erhalten, wobei die Einzelheiten im Gesetz über den Vorruhestand geregelt werden können;

— eindeutige Regelungen, die eine Störung des sensiblen Pachtmarktes verhindern;

— Sicherstellung einer ausgewogenen und gleichwertigen Beteiligung aller Regionen an den vorgesehenen Maßnahmen;

— Klarstellung des Verhältnisses der in dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zu bestehenden Regelungen, z. B. Ausgleichszulage und flächenbezogene Einkommenszahlungen des 2 %igen Mehrwertsteuerausgleichs.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

— Vorschläge für einen Vorruhestand der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer umgehend vorzulegen, damit der Deutsche Bundestag baldmöglich entsprechende Beschlüsse fassen kann,

— im EG-Ministerrat auf die EG-Komission als Kontrollbehörde und die Mitgliedstaten einzuwirken, damit eine gleich-

gewichtige und ausgewogene Anwendung fristgerecht sichergestellt wird,

— mit den Bundesländern unverzüglich zu einer befriedigenden Vereinbarung über die Finanzierung der Maßnahme zu kommen.

Bonn, den 8. Juni 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333